

Freiburger Nachrichten

Einzig deutschsprachige Tageszeitung im zweisprachigen Kanton Freiburg

Dienstag, 31. Dezember 2019

Nr. 301

A.Z. 1700 Freiburg 1
156. Jahrgang
Einzelverkauf Fr. 3.00*
*Dieser Betrag enthält
2.5% MwSt.

Eishockey

Bei Gottéron's Trainer und Sportchef Christian Dubé stand das Handy über die Feiertage nicht still.

Seite 11

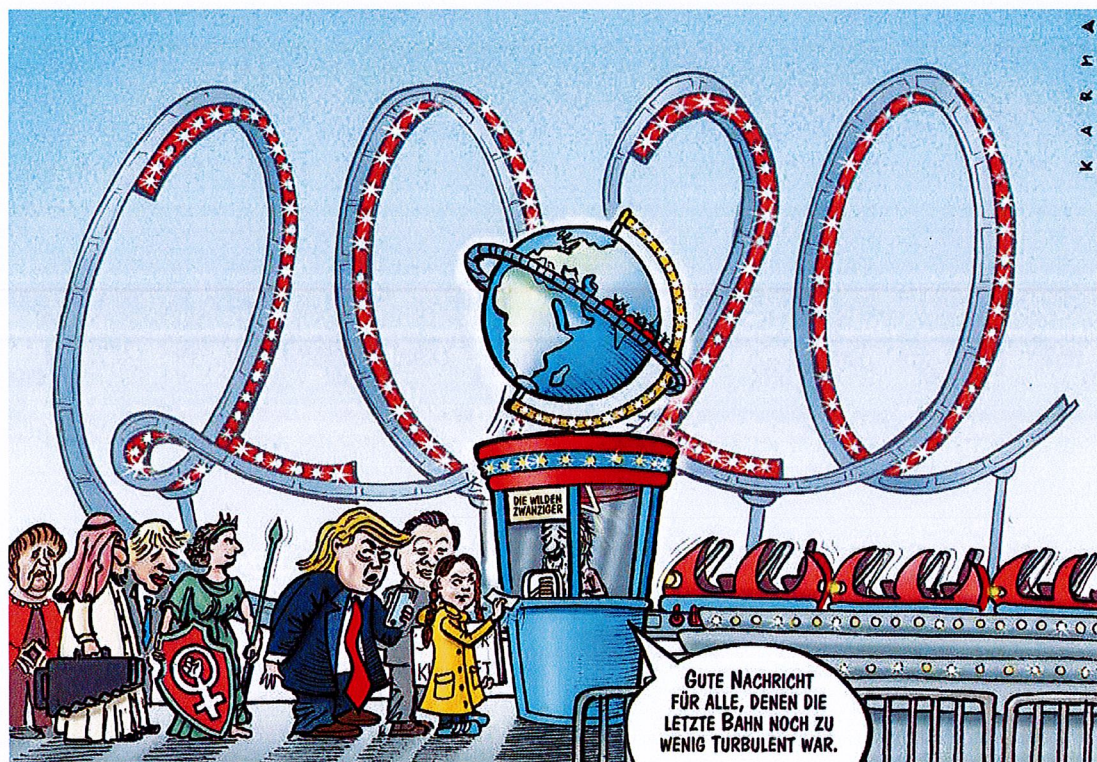


International Piano Series



Konzert

Sa., 11. Januar 2020, 17.00 Uhr
Zentrum Paul Klee, Bern
Nikita Mdivyants
www.pianoseries.ch



Schlagzeilen

Mehr Kitas

Familienergänzende Kinderbetreuung soll zum Grundangebot der Bildung gehören.
Seite 14

Mehr Recht

Blancpain gewinnt den Markenrechtsstreit gegen Reapain aus China.
Seite 17

Mehr Konflikte

US-Luftangriffe auf Milizen im Irak und in Syrien - Iran verurteilt.
Seite 19

Mehr Meeresfrüchte

Raubzüge auf grosse Austernbänke in Frankreich mehrten sich.
Seite 20

Zitat des Tages

«Das ist auf unserer kleinen Bühne nicht gut umsetzbar. Wir können sie nicht so rasch umbauen.»

David Stöckli
Co-Regisseur
Theatergesellschaft Plaffeien
Seite 4

Ein Aufbruch ins Ungewisse

Die Klimajugend, der Frauenstreik, der Erdrutschsieg der Grünen: Das sind Themen, die die Schweiz im Jahr 2019 beschäftigt und Hoffnungen geweckt haben. Ob Letztere berechtigt sind, wird sich weisen. Eher skeptisch ist der Freiburger Historiker Damir Skendorovic. «Die Geschichte geht nicht nur in eine Richtung. Zu jeder Bewegung und Entwicklung gibt

es auch Gegenentwicklungen.» Dem Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg bereiten vor allem die politischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten Sorgen. «Trump's grenzenloses Machtstreben ist eine Gefahr für die Demokratie», sagt er im FN-Jahresendgespräch. *rsa*

Interview Seiten 2 und 3

Wetter

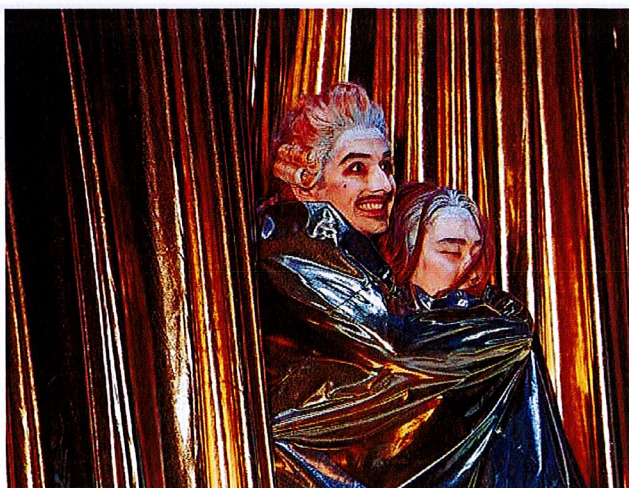
Tagsüber langsame Nebelaufklärung, dann recht sonnig.



Seite 20

Urteil im Fall Schlägerei am Stadtfest Murten

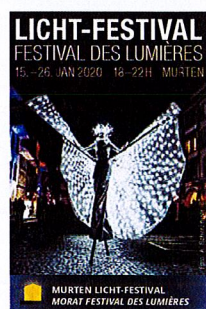
MURTEN Im August 2017 kam es am Murten Stadtfest zu einer Schlägerei mit einem Verletzten. Der Mann erlitt Frakturen am Kopf und an einer Hand. Der Grund für die wüste Auseinandersetzung war wohl Eifersucht: Der Hauptangeklagte war wütend, weil der andere eine Liebesbeziehung mit seiner ehemaligen Freundin hatte. Nach der Gerichtsverhandlung von Anfang Dezember hat das Polizeigericht des Seebezirks nun sein Urteil gefällt: Es sprach den Hauptangeklagten der einfachen Körperverletzung für schuldig und verurteilte ihn zu einer bedingten Geldstrafe von 120 Tagessätzen à 110 Franken. *emu*
Bericht Seite 3



Oper

Ein Barbier hilft der Liebe nach

FREIBURG Die Neue Oper Freiburg wendet sich in ihrer neuesten Produktion einem Meisterwerk von Gioachino Rossini zu: «Il barbiere di Siviglia» dreht sich um den Grafen Almaviva, der mithilfe des gewitzten Barbiers Figaro das schöne Mädchen Rosina für sich gewinnt. Am Sonntag war Premiere. Die originelle und vielschichtige Inszenierung begeisterte das Publikum im Freiburger Theater Equilibre. *soS/Blid ca*
Bericht Seite 5



Inhalt
Todesanzeigen 6
TV/Radio 8, 9, 12
Forum/Agenda 10
Börse 15
Kinos 18
Redaktion 026 426 47 47
Abonnemente 026 347 30 00
Inserate 026 347 30 01
www.freiburger-nachrichten.ch

Bewährungsprobe für die Demokratie

Damir Skenderovic ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Freiburg. Die FN blickten mit ihm auf das Jahr 2019 zurück und wollten von ihm wissen, welche Ereignisse für unsere Zukunft dereinst relevant sein könnten.



Historiker Damir Skenderovic blickt kritisch auf das aktuelle Zeitgeschehen.

Regula Saner

Damir Skenderovic, 2019 war ein turbulentes Jahr. Stichworte sind Klimajugend, Frauenstreik, eidgenössische Wahlen. Was wird in 50 Jahren davon in Erinnerung bleiben?

Ich glaube, alle drei Ereignisse. Das «Time Magazine» hat ja die Klimaaktivistin Greta Thunberg zur «Person of the Year 2019» gekürt. Und in der Tat hat in der Vergangenheit kaum ein Thema mehr Menschen zur selben Zeit weltweit mobilisiert als das Klima. Zudem wird es hauptsächlich von der Jugend, der Generation der Zukunft, in die Welt getragen. Gleichzeitig handelt es sich bei der Umwelt um ein immer wiederkehrendes Thema. Vergessen wir nicht, dass die Anfänge der ökologischen Bewegung auf die 1970er-Jahre zurückgehen.

Und das macht es zu einem historischen Ereignis? Seine globale Ausbreitung, die Akteure und die Kontinuität des Themas?

In einem gewissen Masse. Die Klimabewegung ist vergleichbar mit der Occupy-Bewegung, die 2011 in den USA aus Protest gegen die Macht der globalen Finanzwelt entstanden ist. Sie nutzte die Möglichkeiten der sich rasch verbreitenden weltweiten Kommunikation im Internet – wie beispielsweise auch der Arabische Frühling. Eine weitere Referenz ist die 1968er-Bewegung. Das war auch ein globaler Protest. Damals trug das aufkommende Fernsehen zur Mediatisierung und damit zur Internationalisierung bei. Auch die Klimabewegung

profitiert von einer neuen medialen Situation. Mit den sozialen Medien ist die Verbreitung von Botschaften in Echtzeit möglich. Wichtig ist bei den aktuellen Protesten auch, dass damit eine gewisse Hoffnung verbunden ist. Die Jugend zeigt sich politisch engagiert, es geht nicht um Geld und Konsum, es ist kein Rückzug ins Private.

Historisch ist ein Ereignis am Ende aber nur, wenn es die Geschichte tatsächlich beeinflusst. Kann man das zum jetzigen Zeitpunkt schon beurteilen?

Kaum. Die Frage ist, ob die Klimastreiks tatsächlich langfristige Wirkung entfalten können, ob es ein Umdenken gibt, einen Wandel im Handeln. Das aber kann erst in ein paar Jahrzehnten beurteilt werden.

Wie verhält es sich mit dem Ausgang der eidgenössischen Wahlen? Hat der Erdrutschsieg der Grünen ebenfalls das Potenzial, ein historisches Ereignis zu sein?

Vielleicht auf nationaler Ebene, und zwar nicht nur, weil die ökologische Frage und das Klimathema auf der politischen Agenda weit nach oben gerückt sind. Die Wahl der Grünen hat sich auch gegen die SVP gerichtet, die der Schweiz während nun fast schon 30 Jahren ihren Stempel aufgedrückt hat, insbesondere in Sachen Migration und Europa.

Hat die SVP mit den Wahlen definitiv an Bedeutung verloren?

Kaum. Die SVP ist ja nicht zusammengebrochen. Zudem hat

sie nicht nur die Politik beeinflusst, ihre Ansichten und Forderungen schlagen sich auch in der Gesellschaft, im staatlichen Handeln nieder. Nehmen wir die Asylpolitik als Beispiel. Die behördliche Asylpraxis in der Schweiz hat sich in den letzten Jahren radikalisiert. Menschen, die nach Europa und in die Schweiz geflohen sind, werden oft zum zweiten Mal Opfer. Wäh-

«Die Geschichte geht nicht nur in eine Richtung. Zu jeder Bewegung und Entwicklung gibt es auch Gegenentwicklungen.»

rend mit den drei von Ihnen eingangs genannten Beispielen eine gewisse Hoffnung verbunden ist, dass die Welt besser wird, ist es in diesem Bereich keineswegs so.

Am 11. Dezember hat die Vereinigte Bundesversammlung entschieden, die Grünen nicht an der Regierungsverantwortung teilhaben zu lassen. Die Bereitschaft zum geschichtsrelevanten Wandel scheint nicht sehr gross zu sein. Es werden vielmehr alte Verhältnisse zementiert.

In der Schweiz setzt sich gesellschaftlicher Wandel nicht sofort in institutionellen Wandel um. Die einen sagen, das mache die Stabilität der Schweiz aus, andere finden, dass es zu einer Verkrustung der Schweiz führe.

Ich bin der Ansicht, dass dieser Immobilismus für die Schweiz ein Problem ist, wie die Europafrage zeigt. Dass man die Grünen nicht im Bundesrat wollte, ist aber auch gesellschaftspolitisch motiviert. Denn die Grünen darf man nicht auf Klima- und Umweltfragen reduzieren, sie verteidigen auch soziale und progressive Anliegen. Die nächsten Abstimmungen zum Burka-Verbot und zum Schutz vor Homophobie berühren Themen, bei denen rechte Parteien kein Interesse daran haben, dass eine Grüne im Bundesrat sitzt. Auch hat sich die SP in den letzten Jahren in einigen Fragen der Rechten angepasst, etwa in der Asylpolitik, aber auch in der Europafrage.

Und wie sieht es beim Frauenstreik und der anschliessenden Frauenwahl aus, würden Sie diese als historisch bezeichnen?

Ja, der Frauenstreik war ein eindrückliches Ereignis: Es wurden Anliegen des ersten Frauenstreiks von 1991 aufgenommen, notabene auch durch eine neue Generation von Frauen. Angesichts der anhaltenden Diskriminierung war das für die Schweiz sehr wichtig. Von grosser Bedeutung ist aber auch die #MeToo-Bewegung, die 2017 entstanden ist. Sie macht endlich gewisse Verhaltensweisen schlichtweg inakzeptabel und ruft dazu auf, sexuelle Belästigung und Gewalt zu denunzieren. Gleichzeitig ist ein Backlash festzustellen. Gegner beklagen sich, dass nun alles verboten sei. Es gibt Angriffe gegen den Feminismus, gewisse Kreise stellen sogar die Gender Studies an Uni-

versitäten in Frage, wie kürzlich in einer Artikelserie der NZZ.

Lernt man überhaupt aus der Geschichte? Und wenn man etwas lernt, dann eher aus Fehlern oder aus positiven Ereignissen?

Positive Ereignisse sind oft mit Werten und Zielen wie Befreiung, Gleichheit, Emanzipation verknüpft und können den gesellschaftlichen Wandel vorantreiben. Es gibt aber auch viele Ereignisse in der Geschichte, die rückwärtsgewandt, zerstörerisch oder gar menschenfeindlich waren und sich als nachhaltiger erwiesen als positive. Als Historiker bin ich zu dem vorsichtig, was die Wirkungsmacht von einzelnen Bewegungen und Individuen angeht. Auch geht die Geschichte nicht nur in eine Richtung. Es gibt ein stetes Hin und Her der sozialen und politischen Kräfte. Zu jeder Bewegung und Entwicklung gibt es auch Gegenentwicklungen. Schauen Sie auf Donald Trump: Klimapolitisch geht er in eine völlig entgegengesetzte Richtung.

2019 wurde ja auch an den Mauerfall vor 30 Jahren erinnert, einen Akt der Befreiung par excellence. Ist das eines dieser positiven Ereignisse, deren Wirkung verblasst ist?

Das ist ein gutes Beispiel. Einerseits werden Befreiung und Freiheit zelebriert, andererseits gibt es sehr viel Ernüchterung, und zwar in verschiedenen Bereichen. Stichworte sind Rechtspopulismus, Nationalismus, Diskriminierung. Es kommen Ideologien, politische For-

derungen, Haltungen gegenüber Menschen auf, von denen man dachte, dass sie nach 1945 nie wieder möglich sein würden. Zudem fand im Namen der europäischen Integration und im Geiste des Neoliberalismus in den Ländern des Ostens ein wirtschaftlicher Ausverkauf sondergleichen statt. Der Kapitalismus besiegte zwar den Sozialismus, zeigte aber auch seine hässlichen, unsocialen Seiten.

Und nun kann sich der Kapitalismus nur noch selber besiegen...

Es stellt sich die Frage, ob es einen Kapitalismus gibt, der nicht bloss den Profit einiger weniger im Blick hat, sondern das Wohl aller Menschen. Wenn Sie die Entwicklung der Vermögensstatistiken betrachten, dann ist nichts von Angleichung oder Gleichheit zu erkennen, die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Das birgt enormen sozialen Sprengstoff. Denn nach der Banken- und Finanzkrise von 2008 hätte man meinen sollen, dass es zu einer Kehrtwende kommen würde.

Wir haben von einigen Ereignissen im Jahr 2019 gesprochen, die vor allem aus Schweizer Sicht geschichtsrelevant sind. Welche Ereignisse waren für die Weltgeschichte relevant?

Die Gefährdung der Demokratie in den USA – in einem Land, das nicht nur eine Weltmacht ist, sondern auch ein Vorbild für Demokratie. Dort regiert mit Donald Trump ein Präsident mit einem autoritären Selbstverständnis, der die Hälfte der Gesellschaft und der politischen

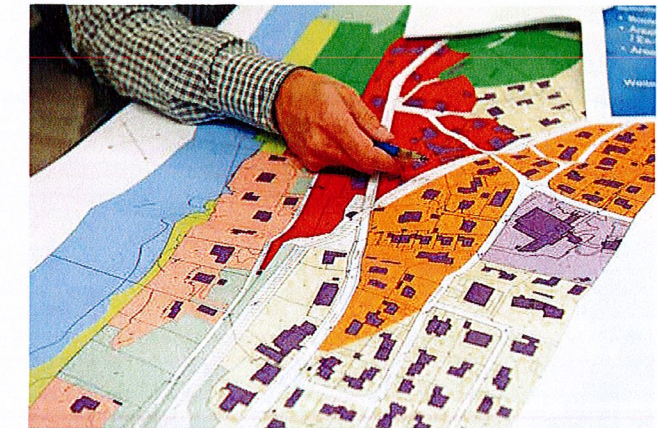
«Gemeinden müssen beim Ortsplan nicht bei null anfangen»

Noch ist nicht klar, was mit den 62 Ortsplanungen passiert, die sich nach dem alten kantonalen Richtplan orientiert haben. Trotz Gerichtsentscheid sei nicht alle Arbeit vergebens, so der Staatsrat.

FREIBURG Die Betroffenheit war gross beim Kanton und bei vielen Gemeinden, als das Kantonsgericht im September entschied, die Ortspläne von rund einem Drittel aller Freiburger Gemeinden müssten sich nicht mehr am alten, sondern bereits am neuen kantonalen Richtplan ausrichten. Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hatte den Gemeinden zuvor kommuniziert, dass für Dossiers, die vor dem Staatsratsentscheid vom 2. Oktober 2018 eingegangen seien, noch die alten Richtlinien gelten würden. Der Bund hat den Richtplan erst auf 1. Mai 2019 genehmigt. Der Gerichtsentscheid bedeutet, dass zum Teil jahrelange Arbeit in den Gemeinden nicht akzeptiert wird. Zwei Rekurse gegen den Kantonsgerichtsentscheid verlangen aufschiebende Wirkung; einer davon kommt vom Staatsrat. Doch noch hat das Bundesgericht nicht entschieden. Die Ungewissheit der Gemeinden geht deshalb weiter.

In einer Anfrage an den Staatsrat hat Grossrat Cédric Péclard (La Broye c'est vous!, Aumont) die kantonale Direktion für ihr Vorgehen vor und nach dem Kantonsgerichtsentscheid kritisiert. Sie hätte von sich aus bereits den neuen Richtplan zur Rechtsgrundlage erklären sollen, zudem würde sie nun mit dem Rekurs beim Bundesgericht die Blockade der betroffenen Gemeinden noch verlängern.

«Nicht vollständig blockiert»
In seiner Antwort verteidigt der Staatsrat das Vorgehen der Direktion und zeigt Unverständnis gegenüber dem Gerichtsentscheid. Der Kanton



Bei rund einem Drittel der Freiburger Gemeinden sind die Ortspläne auf Eis gelegt.

Bild Corinne Aeberhard/a

habe sich beim Vorgehen mit dem zuständigen Bundesamt abgesprochen und von diesem grünes Licht erhalten. Die Verfahren zwischen dem Bund, dem Kanton und den Gemeinden liefen gestaffelt. Das Kan-

tonsgericht habe dies ausser Acht gelassen und den Ermessensspielraum der verschiedenen Behörden ignoriert.

In seiner Antwort äussert der Staatsrat aber die Ansicht, dass die kommunalen Ortspläne

nicht vollständig blockiert seien. Die Gemeinden könnten ihre Dossiers vom Kanton auch auf der Grundlage des neuen Richtplans prüfen lassen, ohne den Entscheid des Bundesgerichts abzuwarten.

Raumplanung

Grossräte verlangen Übergangsmassnahmen

Die derzeitige Situation nach dem Kantonsgerichtsentscheid sei für die betroffenen Behörden äusserst schädlich. Jegliche städtebauliche Entwicklung sei auf unbestimmte Zeit eingefroren. Planer und Architekten befänden sich in totaler Unsicherheit. Dies schreiben die Grossräte Bertrand Morel (CVP, Martigny) und Eric Collob (CVP, Lully) in einer von 16 Grossräten unterzeichneten Motion.

Mit ihrem Vorstoss verlangen sie deshalb, dass dem kantonalen Raumplanungsgesetz

eine Übergangsregelung hinzugefügt wird, um für die verworrene Situation einen Ausweg zu finden. In dieser Regelung solle festgehalten werden, dass die vor dem 2. Oktober 2018 eingereichten Ortspläne noch nach dem alten Richtplan behandelt würden.

In seiner Antwort auf die Anfrage Péclard schloss der Staatsrat dies aber aus: Solches Übergangsrecht würde im Widerspruch zu allgemeinen Grundsätzen Rückwirkung entfalten und sei in der Praxis kaum anwendbar.

Analyse bei jeder Gemeinde

Vom Gerichtsentscheid seien in erster Linie Einzonungen und Verdichtungsmassnahmen betroffen. Andere Massnahmen, etwa solche zum Kulturgüterschutz, zum Umweltschutz oder zur Energie seien davon hingegen unberührt. Sie könnten mit einer Verfügung der kantonalen Direktion umgesetzt werden. «Auf keinen Fall werden die Gemeinden wieder bei null beginnen müssen», schreibt der Staatsrat.

Von den 62 Gemeinden habe jedoch die Mehrheit eine Erweiterung der Bauzone vorgesehen. Die kantonale Direktion nimmt mit jeder der betroffenen Gemeinden eine Lagebeurteilung vor. Bei 21 Gemeinden sei dies bereits erfolgt, 25 Analysen stünden vor dem Abschluss, die restlichen erfolgten bis Ende Januar.

Bedingte Geldstrafe für 25-Jährigen

Der Polizeirichter des Seebezirks hat einen jungen Mann der einfachen Körperverletzung schuldig gesprochen. Die Schlägerei ereignete sich 2017 am Stadtfest Murten. Das Opfer musste ins Spital.

Etelka Müller

MURTEN Am 12. August 2017 kam es am Stadtfest von Murten zu einer wüsten Schlägerei mit einem Verletzten. Der Mann erlitt Frakturen an der Augenhöhle, am Nasenbein und am rechten Daumen. Er verbrachte vier Tage im Spital und war danach rund drei Monate in ärztlicher Behandlung. Auch psychisch ging der Angriff nicht spurlos an ihm vorüber: Der Mann kämpfte bis vor rund einem halben Jahr gegen Schlafstörungen und meidet bis heute grosse Menschenmengen.

Am 9. Dezember standen in der Sache sechs Beschuldigte vor dem Gerichtspräsidenten des Seebezirks, Peter Stoller. Die Verhandlung fand in den Räumlichkeiten des Gerichts des Seebezirks in Tafers statt, weil in Murten mit der grossen Anzahl Beschuldigter zu wenig Platz gewesen wäre. Nun liegt das Urteil vor: Das Gericht sieht es als erwiesen

an, dass der heute 25-jährige Hauptangeklagte das Opfer geschlagen hat, und sprach ihn der einfachen Körperverletzung für schuldig. Das Gericht mit Peter Stoller hat ihn zu einer bedingten Geldstrafe von 120 Tagen à 110 Franken verurteilt. Die Probezeit beträgt zwei Jahre.

Im Rahmen des Zivilbegehrens muss der 25-Jährige dem Opfer 2500 Franken Genugtuung sowie Schadenersatz von rund 3900 Franken bezahlen. Des weiteren werden dem Angeklagten die Auslagen des Opfers für das Strafverfahren in der Höhe von rund 7300 Franken auferlegt.

Einen zweiten Angeklagten verurteilte das Gericht zu einer Busse von 400 Franken wegen Tötlichkeits. Die vier weiteren Angeklagten sind laut Urteil nicht schuldig.

Vom Vorwurf der schweren Körperverletzung sprach das Gericht den Hauptangeklagten frei. Zu diesem Testbestand

hätten laut dem Urteil eine unmittelbare Lebensgefahr oder Verletzungen gehört, die zu dauerhaften schweren Schädigungen des Körpers oder der geistigen Gesundheit geführt hätten. Als einfache Körperverletzung werden jene Verletzungen gewertet, welche nicht als schwer gelten, doch schwerer als Tötlichkeiten wiegen.

Wegen einer Frau

Der Grund für den Streit der jungen Männer war offenbar Eifersucht. Darauf weisen im Vorfeld ausgetauschte Drohnachrichten zwischen den beiden Männern und Zeugen aus. Der Hauptangeklagte war wohl eifersüchtig, weil der andere eine Liebesbeziehung mit seiner Ex-Freundin hatte. Laut Anklageschrift hat der 25-Jährige das Opfer mit der Faust gegen den Kopf geschlagen, woraufhin es gegen ein hinter ihm geparktes Fahrzeug fiel. Als der Mann sich am

Boden befand, soll der 25-Jährige weiterhin mit Fäusten und Füßen auf ihn eingeschlagen haben. In dieser Situation sollen die Kollegen des 25-Jährigen hinzugekommen sein. Einige von ihnen sollen ebenfalls mit den Füßen auf das Opfer eingetreten haben.

Die Versionen des Tathergangs unterscheiden sich nach den Aussagen der Beschuldigten und der Zeugen stark. Alle Beteiligten waren an dem Abend mehr oder weniger alkoholisiert. Der Hauptangeklagte bestritt mehrfach, für die Verletzungen verantwortlich zu sein. Er gab jedoch zu, dass er mit dem Opfer eine verbale Auseinandersetzung hatte. Drei Personen gaben an, beobachtet zu haben, wie der 25-Jährige das Opfer schlug. Weil die Kernzeugen das Motiv und den Tathergang deckungsgleich beschrieben, ist für das Gericht erwiesen, dass der 25-Jährige zugeschlagen hat.

Landschaft auf seine Seite gebracht hat. Wie das Amtsenthebungsverfahren zeigt, anerkennt er keine Grenzen seiner Macht. Er ist daran, ein korruptes System aufzubauen. Nebst seinem Angriff auf die Institutionen der Demokratie schürt er aber auch Rassismus, Islamophobie und Ressentiments. Die Stigmatisierung des politischen Gegners zum Feind, die Rhetorik

«Es kommen Ideologien und politische Forderungen auf, von denen man gedacht hat, dass sie nach 1945 nie wieder möglich sein würden.»

rik des Hasses und die Angriffe gegen die Medien, das alles hat sich 2019 auch auf Europa ausgewirkt, wie kürzlich die Wahlen in Grossbritannien gezeigt haben.

Trumps Wahlerfolg wäre ja ohne Internet und Facebookdaten gar nicht möglich gewesen. Macht noch der Mensch die Geschichte oder sind es die Algorithmen?

Wir befinden uns an einem Scheideweg. Die nahezu unregulierten Social-Media-Unternehmen werden zwar herausgefordert mit Bussen und parlamentarischen Hearings, schlagen aber mit voller Wucht zurück. Nach dem von ihnen erwähnten Missbrauch von Facebook-Nutzerdaten durch Cambridge Analytica hätten die Leute eigentlich

ihre Konten auflösen sollen, oder es hätten zumindest griffige rechtliche Massnahmen eingeführt werden sollen, das ist aber kaum passiert. Kommt hinzu, dass in den sozialen Medien jeder sagen kann, was ihm beliebt. Es gibt überhaupt keine staatliche Regulierung, vielmehr kontrollieren sich die Unternehmen selbst. Es ist schon paradox: Einerseits wird behauptet, mit den sozialen Medien werde die Welt transparenter, demokratischer und offener, da alle miteinander kommunizieren könnten, gleichzeitig schotten sich hoch profitable Unternehmen wie Facebook, Google und Co. nach aussen ab und müssen sich der Gesellschaft, der demokratischen Öffentlichkeit gegenüber nicht verantworten.

Ist für Sie der Angriff auf die Demokratie darum das vielleicht wichtigste Ereignis 2019, weil Partizipation die Basis für die Lösung von Problemen wie dem Klimawandel ist?

Ich glaube schon. Demokratie gewährleistet Rechte, sie garantiert Mitsprache und Mitwirkung. Sie basiert auf Respekt dem anderen gegenüber, sie ist die Grundlage einer pluralistischen Gesellschaft.

Was war für Sie persönlich im Jahr 2019 besonders?

Ich stelle erfreut fest, dass wir in einer Zeit leben, in der die Geisteswissenschaften, auch die Geschichte, obwohl sie keinen unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen abwerfen, so wichtig sind in der Gesellschaft wie schon lange nicht mehr.



Bild Aldo Elena